Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 2939

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
11 - 21500 - 3336/56 III

Bonn, den 30. November 1956

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen vom 5. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan sowie der Französischen Republik über Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth und über das Abkommen vom 5. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan über Kriegsgräber, Militärfriedhöfe und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Text der Abkommen ist beigefügt.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 166. Sitzung am 23. November 1956 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung
Das Gesetz bedarf der Zustimmung, weil das Abkommen in Artikel 12 Abs. 3 die Imperial War Graves Commission in Deutschland

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Rheinallee 20, Telefon 3551

von Steuern befreit, die zwar der Gesetzgebung des Bundes unterstehen, aber ganz (Vermögensteuer) bzw. teilweise (Einkommensteuer) den Ländern zustehen (Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 105 Abs. 3, Artikel 106 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 des Grundgesetzes).

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Dr. h. c. Blücher

Entwurf eines Gesetzes

über das Abkommen vom 5. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan sowie der Französischen Republik über Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth und über das Abkommen vom 5. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan über Kriegsgräber, Militärfriedhöfe und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den in Bonn am 5. März 1956 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan sowie der Französischen Republik über Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth und zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan über Kriegsgräber, Militärfriedhöfe und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wird zugestimmt. Die Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Lande Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Abkommen gemäß ihrer Artikel 5 bzw. 15 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

a) Zum Gesetzentwurf

Zu Artikel 1

Da die Abkommen Gegenstände der Bundesgesetzgebung berühren, bedürfen sie gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

Zu Artikel 2

Die Abkommen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Der Tag, an dem die Abkommen für die Bundesrepublik völkerrechtlich wirksam werden, richtet sich nach den Bestimmungen ihrer Artikel 5 bzw. 15 und ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

b) Zu den Abkommen

Anliegend sind die Texte des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Staaten des Commonwealth und der Französischen Republik und des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten des Commonwealth beigefügt. Die Abkommen wurden am 5. März 1956 zu Bonn unterzeichnet.

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Commonwealth-Staaten und der Französischen Republik bezieht sich im wesentlichen auf deutsche Kriegsgräber, die auf Commonwealth-Militärfriedhöfen in Frankreich liegen. Diese Kriegsgräber stehen unter der Obhut der Imperial War Graves Commission, die im Auftrag der Commonwealth-Staaten die Betreuung der Kriegsgräber dieser Staaten durchführt.

In dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Commonwealth-Staaten wird die Frage der auf dem Gebiet der Bundesrepublik liegenden Kriegsgräber, Militärfriedhöfe und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth geregelt. Nach Artikel 3 verpflichtet sich die Bundesrepublik, die für die Commonwealth-Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten benötigten Grundstücke zur kostenlosen Verwendung zur Verfügung zu stellen und die gegenwärtige Rechtsstellung bezüglich der Grundstücke, die für Commonwealth-Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten aus dem Kriege 1914/18 in dem Gebiet der Bundesrepublik Verwendung finden, aufrechtzuerhalten.

Die Imperial War Graves Commission wird die Anlage, den Bau, die Unterhaltung und die Beaufsichtigung der Commonwealth-Militärfriedhöfe in der Bundesrepublik auf ihre Kosten durchführen (Artikel 5). Nach Artikel 12 soll die Imperial War Graves Commission lediglich von allen Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben befreit werden, die bei der Ausführung ihrer dienstlichen Obliegenheiten entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan über die Kriegsgräber, Militärfriedhöfe und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Agreement
between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, Australia, New Zealand, the Union of South Africa, India, and Pakistan and the Federal Republic of Germany Regarding the War Graves, Cemeteries and Memorials of the British Commonwealth in the Territory of the Federal Republic of Germany

Die Bundesrepublik Deutschland

einerseits

und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union, Indien und Pakistan (im folgenden als „Commonwealth-Staaten" bezeichnet)

andererseits —

VON DEM WUNSCHE BESEELT, Vorsorge für die Friedhöfe, Gräber und Gedenkstätten von Mitgliedern der Streitkräfte der Commonwealth-Staaten zu treffen, die als Folge der Kriege 1914/18 und 1939/45 gefallen und im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestattet sind, sowie

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Bestimmungen des zu Bonn am fünften März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Commonwealth-Staaten und der Französischen Republik unterzeichneten Abkommens über Fragen deutscher Kriegsgräber auf Friedhöfen in Frankreich, die sich in der ständigen Obhut der Imperial War Graves Commission befinden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen betrifft Friedhöfe, Gräber und Gedenkstätten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Leichen von Mitgliedern der Streitkräfte der Commonwealth-Staaten bestattet sind, die in den Kriegen 1914/18 und 1939/45 gefallen sind, sowie die ihnen zu Ehren errichteten oder etwa zu errichtenden Denkmäler.

(2) In diesem Abkommen umfaßt der Ausdruck „Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Kriegsgräber und -Gedenkstätten" die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Friedhöfe, Gräber und Gedenkstätten aus den Kriegen 1914/18 und 1939/45. Soweit erforderlich, werden die Friedhöfe, Gräber und Gedenkstätten der beiden Kriege unterschieden in „Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Gräber und -Gedenkstätten aus dem Kriege 1914/18" und „Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Gräber und -Gedenkstätten aus dem Kriege 1939/45".

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, Australia, New Zealand, the Union of South Africa, India and Pakistan (hereinafter referred to as "the Commonwealth countries")

of the one part

and the Federal Republic of Germany

of the other part,

DESIRING to make provision with regard to the Cemeteries, Graves and Memorials of Members of the Armed Forces of the Commonwealth Countries fallen as a result of the wars of 1914/18 and 1939/45 and interred in the Territory of the Federal Republic of Germany, and

HAVING REGARD to the provisions of the Agreement signed at Bonn on the fifth of March 1956 between the Commonwealth Countries, the Federal Republic of Germany and the French Republic regarding questions affecting German War Graves in cemeteries in France in the permanent care of the Imperial War Graves Commission

HAVE AGREED as follows:

Article 1

(1) The present Agreement applies to Cemeteries, Graves and Memorials in the Territory of the Federal Republic of Germany in which are buried the bodies of members of the Armed Forces of the Commonwealth Countries fallen in the wars of 1914/18 and 1939/45 and the Memorials erected, or which may be erected, in their honour.

(2) In the present Agreement the expression "Commonwealth War Cemeteries, Graves and Memorials" includes the Cemeteries, Graves and Memorials of the wars of 1914/18 and 1939/45 situated in the Territory of the Federal Republic of Germany. Where necessary the Cemeteries, Graves and Memorials of the two wars are distinguished as "Commonwealth 1914/18 War Cemeteries, Graves and Memorials" and "Commonwealth 1939/45 War Cemeteries, Graves and Memorials".

Artikel 2

(1) Die Imperial War Graves Commission, die durch königlichen Erlaß vom 21. Mai 1917 gegründet wurde (im folgenden als „Kommission" bezeichnet), wird von der Bundesrepublik Deutschland als alleinberechtigt anerkannt, im Namen der Commonwealth-Staaten die ständige Betreuung von Commonwealth-Militärfriedhöfen, -Kriegsgräbern und -Gedenkstätten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wahrzunehmen.

(2) Die Imperial War Graves Commission hat im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Stellung einer juristischen Person.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik Deutschland stellt der Kommission die für die ständigen Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Kriegsgräber und -Gedenkstätten aus dem Kriege 1939/45 benötigten Grundstücke zur kostenlosen Verwendung für alle Zeiten für die in diesem Abkommen niedergelegten Zwecke zur Verfügung.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die zuständigen deutschen Behörden zu ersuchen, die erforderlichen Grundstücke für Commonwealth-Kriegsgräber aus dem Kriege 1939/45, die sich in öffentlichen Friedhöfen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden, kostenlos zur Verfügung zu stellen.

(3) In bezug auf die Grundstücke, die für die Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Kriegsgräber und -Gedenkstätten aus dem Kriege 1914/18 im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Verwendung finden, verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die gegenwärtige Rechtsstellung aufrechtzuerhalten.

Artikel 4

(1) Die Kommission kann nach ihrem Ermessen diejenigen Commonwealth-Kriegsgräber auf Commonwealth-Militärfriedhöfe überführen, bei denen sie es wegen der abgelegenen Lage dieser Gräber oder aus sonstigen Gründen für notwendig hält.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland trägt dafür Sorge, daß die zuständigen deutschen Behörden die erforderlichen Genehmigungen für die Exhumierung und den Transport der umzubettenden Leichen erteilen.

(3) Hält die Kommission die Schaffung neuer Friedhöfe für erforderlich, um Gräber der im Absatz (1) bezeichneten Art zusammenzulegen, so unterbreitet sie ihre Vorschläge der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Regierung wird wohlwollend prüfen, ob für den Erwerb der für diesen Zweck erforderlichen Grundstücke Schritte gemäß Artikel 3 unternommen werden können.

Artikel 5

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erkennt das Recht der Kommission an, auf eigene Kosten die Anlage, den Bau, den Unterhalt und die Beaufsichtigung der Commonwealth-Militärfriedhöfe aus dem Kriege 1939/45 sicherzustellen und durchzuführen.

(2) Die Kommission wird demgemäß ermächtigt, derartige Friedhöfe einzufrieden, sie nach einem von ihr gebilligten System anzulegen und zu erbauen, in ihnen Grabdenkmäler oder sonstige Bauten zu errichten sowie Anpflanzungen vorzunehmen, Anordnungen über den Besuch dieser Friedhöfe zu erlassen und Personen zu ihrer Verwaltung auszuwählen, die Staatsangehörige der Commonwealth-Staaten sein können.

Article 2

(1) The Imperial War Graves Commission incorporated by Royal Charter dated the twenty-first day of May 1917 (hereinafter referred to as "the Commission") is recognised by the Federal Republic of Germany as the sole authority charged on behalf of the Commonwealth Countries with the permanent care of Commonwealth War Cemeteries, Graves and Memorials in the Territory of the Federal Republic of Germany.

(2) The Imperial War Graves Commission has the legal status of a juridical person in the Federal Territory.

Article 3

(1) The Federal Republic of Germany shall place at the disposal of the Commission the lands required for the permanent Commonwealth War Cemeteries, Graves and Memorials of the 1939/45 war for use by the Commission free of charge and in perpetuity for the purposes set forth in the present Agreement.

(2) The Federal Republic of Germany undertakes to invite the appropriate German authorities to grant free of cost the land required for Commonwealth 1939/45 War Graves situated in public cemeteries in the Federal Territory.

(3) In regard to the lands in use for the Commonwealth 1914/18 War Cemeteries, Graves and Memorials in the Territory of the Federal Republic of Germany the Federal Republic of Germany undertakes to maintain their present legal status.

Article 4

(1) The Commission may at its discretion transfer into Commonwealth War Cemeteries such Commonwealth War Graves as it may deem necessary, whether on account of the isolated position of any such graves or for any other reason.

(2) The Federal Republic of Germany shall arrange for the competent German authorities to grant the necessary permits for the exhumation and transport of the bodies to be so transferred.

(3) If, in order to group together any such graves as are referred to in paragraph 1 of this Article, the Commission shall recognise as necessary the creation of new Cemeteries, it shall submit its proposals to the Government of the Federal Republic of Germany. This Government will favourably consider whether steps can be taken for the acquisition of the land required for this purpose in accordance with the provisions of Article 3 of the present Agreement.

Article 5

(1) The Federal Republic of Germany recognises the right of the Commission at its own cost to ensure and provide for the lay-out, construction, maintenance and control of the Commonwealth 1939/45 War Cemeteries.

(2) The Commission is accordingly authorised to enclose such cemeteries, to lay them out and construct them on a system approved by the Commission, to erect in such Cemeteries sepulchral monuments or other structures, to make plantations in them, to enact regulations governing visits to such Cemeteries and to select persons to take charge of them who may be nationals of the Commonwealth Countries.

(3) Fragen betreffend die Anlage von Commonwealth-Kriegsgräbern aus dem Kriege 1939/45, die auf Friedhöfen liegen, welche in öffentlichem oder privatem Eigentum stehen, werden von der Kommission im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen entschieden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Kommission hierbei erforderlichenfalls ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.

(4) Die Kommission kann im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen Bestimmungen für die Anlage von Commonwealth-Kriegsgräbern aus dem Kriege 1939/45 auf Friedhöfen treffen, die in öffentlichem Eigentum stehen und auch deutsche oder sonstige Soldatengräber enthalten. Hält es die Kommission für wünschenswert, daß eine gemeinsame Anlage für einen gemischten Friedhof vorgesehen wird, so unterbreitet sie ihre Vorschläge der zuständigen deutschen Behörde.

Artikel 6

(1) Hinsichtlich der Commonwealth-Friedhöfe und -Gedenkstätten aus dem Kriege 1914/18 erkennt die Bundesrepublik Deutschland das Recht der Kommission an, auch weiterhin wie bisher für die Anlage und den Unterhalt der erwähnten Friedhöfe und Gedenkstätten Sorge zu tragen, interne Anordnungen zu erlassen, die Aufsicht innerhalb der Friedhöfe auszuüben, Anordnungen über den Besuch dieser Friedhöfe zu treffen und Personen zu ihrer Betreuung auszuwählen, die Staatsangehörige der Commonwealth-Staaten sein können.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland ist ferner damit einverstanden, daß die Kommission nach eigenem Ermessen ungenutzte Flächen auf jedem dieser Friedhöfe für die Aufnahme von Commonwealth-Kriegsgräbern aus dem Kriege 1939/45 verwendet und die von ihr für erforderlich gehaltenen zusätzlichen Denkmäler, Bauten oder Anpflanzungen anlegt und Verbesserungen durchführt.

Artikel 7

Die Leichen von Mitgliedern der Streitkräfte der Commonwealth-Staaten, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestattet sind, werden nicht ohne die Zustimmung der Kommission aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland weggebracht.

Artikel 8

(1) Gesuche um Genehmigung zur Errichtung von Denkmälern zur Erinnerung an Waffentaten der Streitkräfte der Commonwealth-Staaten oder einer Einheit dieser Streitkräfte werden von der Kommission der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Zustimmung vorgelegt.

(2) Sollte ein Gesuch dieser Art unmittelbar an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet werden, so bringt diese es vor ihrer Entscheidung der Kommission zur Kenntnis und prüft im Einvernehmen mit dieser, was daraufhin zu veranlassen ist.

Artikel 9

Um die Kommission im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in ihren Beziehungen mit den zuständigen Behörden zu vertreten und insbesondere im Namen der Kommission die ihr nach diesem Abkommen vorbehaltenen Befugnisse ganz oder teilweise auszuüben, ernennt die Kommission einen Gemeinsamen Ausschuß, dessen Zusammensetzung in den Artikeln 10 und 11 festgelegt ist. Dieser Ausschuß ist befugt, im Namen der Kommission und im Rahmen der ihm von dieser übertragenen Vollmachten alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlich sind.

(3) Questions relative to the lay-out of Commonwealth 1939/45 War Graves situated in publicly or privately owned Cemeteries shall be decided by the Commission in agreement with the competent German authorities. If necessary, the Government of the Federal Republic of Germany will make available its good offices to the Commission for this purpose.

(4) The Commission may, in agreement with the competent German authorities, provide for the lay-out of Commonwealth 1939/45 War Graves situated in publicly owned Cemeteries which also contain German or other military Graves. When the Commission considers it desirable that a common system of lay-out should be adopted for a mixed Cemetery, it shall submit its proposals to the competent German authority.

Article 6

(1) As regards the Commonwealth Cemeteries and Memorials of the 1914/18 war the Federal Republic of Germany recognises the rights as heretofore enjoyed by the Commission to continue to provide for the lay-out and maintenance of the said Cemeteries and Memorials, as well as the right to issue internal regulations and to exercise control within the Cemeteries, and to enact regulations governing visits to such Cemeteries and to select persons to take charge of them, who may be nationals of the Commonwealth Countries.

(2) The Federal Republic of Germany further agrees that the Commission shall be at liberty, if it sees fit, to utilize vacant space in any such Cemeteries for the reception of Commonwealth 1939/45 War Graves and to establish such additional monuments, structures or plantations and make such improvements therein as it may deem necessary.

Article 7

The bodies of members of the Armed Forces of the Commonwealth Countries interred in the Territory of the Federal Republic of Germany shall not be removed from the Territory of the Federal Republic of Germany without the consent of the Commission.

Article 8

(1) Requests for permission to erect any monument designed to recall a feat of arms of the Armed Forces of the Commonwealth Countries or of any unit of those Forces shall be presented by the Commission to the Government of the Federal Republic of Germany for its concurrence.

(2) Should a request of this nature be made direct to the Government of the Federal Republic of Germany, the latter shall refer it to the Commission before giving any decision, and shall consider in agreement with the Commission what action shall be taken thereon.

Article 9

In order to represent the Commission in the Territory of the Federal Republic of Germany in its relations with the appropriate authorities, and especially to exercise in the name of the Commission all or part of the rights reserved to it under the present Agreement, the Commission shall appoint a Joint Committee to be composed as laid down in Articles 10 and 11 of the present Agreement. This Committee shall be competent to perform in the name of the Commission and within the limits of the powers delegated to it by the latter, all civil acts necessary to enable it to fulfil its objects.

Artikel 10

(1) Soweit in Artikel 11 nichts anderes bestimmt ist, besteht der in Artikel 9 erwähnte Ausschuß aus höchstens zwölf Mitgliedern, darunter höchstens vier Ehrenmitgliedern, von denen zwei die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen die Commonwealth-Staaten vertreten, und aus höchstens acht ordentlichen Mitgliedern, von denen vier die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen die Commonwealth-Staaten vertreten.

(2) Die Mitglieder des Ausschusses werden von der Kommission ernannt. Jedoch erfolgt die Ernennung der deutschen Mitglieder auf Empfehlung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; diese Empfehlungen werden auf diplomatischem Wege erbeten und übermittelt.

(3) Die deutschen Ehrenmitglieder werden unter Personen ausgewählt, die sich im öffentlichen Leben, in der Literatur, Kunst oder Wissenschaft ausgezeichnet haben.

(4) Die deutschen ordentlichen Mitglieder werden als Vertreter derjenigen Ministerien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder derjenigen anerkannten deutschen Organisationen gewählt, auf die sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Kommission geeinigt haben. Sie scheiden aus dem Ausschuß mit dem Tage aus, an dem sie ihre Ämter in den betreffenden Ministerien oder Organisationen niederlegen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Kommission über alle Änderungen, die bei den deutschen ordentlichen Mitgliedern eintreten, unterrichten.

(5) Die Kommission ernennt den Generalsekretär des Ausschusses.

Artikel 11

Um die Prüfung und Regelung von Fragen zu erleichtern, welche in Commonwealth-Militärfriedhöfen in Frankreich gelegene deutsche Kriegsgräber betreffen, wird die Regierung der Französischen Republik gebeten, je ein Ehrenmitglied und ein ordentliches Mitglied des in Artikel 9 erwähnten Ausschusses zu benennen; diese werden von dem Ausschuß eingeladen, an seiner Tätigkeit hinsichtlich der genannten Kriegsgräber teilzunehmen.

Artikel 12

(1) Für die Gegenstände, die die Kommission zur Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben aus dem Auslande in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einführt, werden Eingangsabgaben (Zölle und Verbrauchssteuern einschließlich der Umsatzausgleichsteuer) nicht erhoben, wenn den Zollstellen der Verwendungszweck durch eine Bescheinigung der Kommission nachgewiesen wird.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Kommission von den Abgaben auf die von ihr im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Mineralölerzeugnisse freizustellen, die zum Betrieb ihrer dienstlichen Kraftfahrzeuge bestimmt sind.

(3) Die Kommission ist, soweit sie in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Aufgaben Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland hat, von den hierauf ruhenden Steuern befreit.

(4) Der Kommission wird zum Ausgleich der Umsatzsteuer, die im Geltungsbereich dieses Abkommens auf Lieferungen oder Leistungen an die Kommission lastet,

Article 10

(1) Except as provided by Article 11 of the present Agreement, the Committee referred to in Article 9 shall be composed of not more than twelve members, comprising not more than four honorary members, of whom two shall represent the Federal Republic of Germany and the others the Commonwealth Countries, and not more than eight official members, of whom four shall represent the Federal Republic of Germany and the others the Commonwealth Countries.

(2) The members of the Committee shall be appointed by the Commission. Nevertheless as far as the German members are concerned the appointment shall take place on the recommendation of the Government of the Federal Republic of Germany, which recommendations shall be requested and transmitted through the diplomatic channel.

(3) The German honorary members shall be chosen from persons who have won distinction in public life, in Letters, Art or Science.

(4) The German official members shall be chosen as representing such Departments of the Government of the Federal Republic of Germany or such recognised German Organisations as may be agreed upon between the Government of the Federal Republic of Germany and the Commission. They shall cease to form part of the Committee from the day when they vacate their functions in the Departments or Organisations concerned. The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to notify the Commission of all changes which may take place among the German official members.

(5) The Commission shall appoint the Secretary-General of the Committee.

Article 11

To facilitate the examination and solution of questions affecting German war graves situated in Commonwealth War Cemeteries in France the French Government shall be invited to designate one honorary member and one official member of the Committee referred to in Article 9 of this Agreement who shall be invited by the Committee to participate in the proceedings of the Committee concerning the War Graves in question.

Article 12

(1) Import duties (Customs dues and Consumption taxes including Turnover Equalisation Tax) shall not be levied on articles imported into the Territory of the Federal Republic of Germany by the Commission for the purpose of fulfilling its functions if the Commission furnishes the customs posts with a certificate declaring the purposes for which the articles are to be used.

(2) The Federal Republic of Germany undertakes to exempt the Commission from the duties on mineral oil products acquired by it in the Territory of the Federal Republic of Germany for use in motor vehicles in their service.

(3) The Commission shall be exempt from any taxes relating to any income or property which it may have in the Federal Republic of Germany for the purpose of carrying out its official functions.

(4) By way of adjustment of the Turnover Tax chargeable within the scope of the present Agreement on deliveries or services to the Commission four per cent

auf Antrag ein Betrag in Höhe von 4 vom Hundert der nachgewiesenen Rechnungsbeträge durch ein vom Bundesminister der Finanzen zu bestimmendes Finanzamt vergütet.

of the amounts of the accounts produced shall be refunded upon application by a Finance Office to be designated by the Federal Minister of Finance.

Artikel 13

Bei der Ausübung der durch dieses Abkommen übertragenen Befugnisse wird die Kommission die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften einhalten, soweit sie nicht auf Grund dieses Abkommens davon befreit ist.

Article 13

In exercising the rights conferred by the present Agreement, the Commission shall conform to the laws and regulations in force in the Territory of the Federal Republic of Germany except in so far as it is exempted therefrom under the provisions of the present Agreement.

Artikel 14

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber jeder der anderen Vertragsparteien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 14

This Agreement shall also apply in Land Berlin unless the Government of the Federal Republic of Germany shall make a declaration to the contrary to each of the other Contracting Parties within three months after the entry into force of the present Agreement.

Artikel 15

Sobald das Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Zustimmung gefunden hat, wird der Zeitpunkt seines Inkrafttretens durch Notenwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der anderen Vertragsparteien festgesetzt.

Article 15

As soon as the Agreement has received in the Federal Republic of Germany the assent required under the Constitution, the date of its entry into force shall be fixed by an exchange of Notes between the Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the other Contracting Parties.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am fünften März 1956 in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt jeder der anderen Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised in that behalf have signed the present Agreement and affixed thereto their seals.

DONE at Bonn, this fifth day of March 1956 in English and German, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the other Contracting Parties.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Für Kanada:

For Canada:

Für Australien:

For Australia:

Für Neuseeland:
For New Zealand:

Für die Südafrikanische Union:
For the Union of South Africa:

Für Indien:
For India:

Für Pakistan:
For Pakistan:

Bundesdruckerei Bonn 2939 12. 56

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, Indien und Pakistan sowie der Französischen Republik über Militärfriedhöfe, Kriegsgräber und Gedenkstätten des Britischen Commonwealth

Agreement
between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, Australia, New Zealand, the Union of South Africa, India and Pakistan, the Federal Republic of Germany and the French Republic in Regard to War Cemeteries, Graves and Memorials of the British Commonwealth

Accord
entre la République Française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, l'Union Sud-Africaine, l'Inde et le Pakistan et la République fédérale d'Allemagne concernant les cimetières, sépultures et monuments de guerre du Commonwealth Britannique

Die Bundesrepublik Deutschland

einerseits,

das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Kanada, Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union, Indien und Pakistan (im folgenden als „Commonwealth-Staaten" bezeichnet)

andererseits

und die Französische Republik

dritterseits —

VON DEM WUNSCHE BESEELT, mit Änderungen die Abmachungen aufrechtzuerhalten, die in dem am 20. Dezember 1935 zu Berlin unterzeichneten Abkommen zwischen der deutschen Regierung, den Regierungen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Kanadas, Australiens, Neuseelands, der Südafrikanischen Union und Indiens sowie der Regierung der Französischen Republik über Kriegsgräber (im folgenden als „Abkommen von 1935" bezeichnet) vorgesehen sind,

VON DEM WUNSCHE BESEELT, die Abmachungen über die Friedhöfe, Gräber und Gedenkstätten von Mitgliedern der Streitkräfte der Commonwealth-Staaten zu vervollständigen, die als Folge der Kriege von 1914/18 und 1939/45 gefallen und im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestattet sind, sowie

VON DEM WUNSCHE BESEELT, Vorsorge zu treffen für Fragen deutscher Kriegsgräber auf Militärfriedhöfen in Frankreich, die sich in der ständigen Obhut der im Namen der

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, Australia, New Zealand, the Union of South Africa, India and Pakistan (hereinafter referred to as the "Commonwealth Countries")

of the first part,

the Federal Republic of Germany

of the second part,

and the French Republic

of the third part,

DESIRING to maintain with modibe completed concerning the Cemeteries, Graves and Memorials of memthe 20th day of December 1935 between the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, Australia, New Zealand, the Union of South Africa and India, the German Government and the Government of the French Republic in regard to War Graves (hereinafter referred to as "the Agreement of 1935"),

DESIRING that arrangements may be completed concerning the Cemeteries, Graves and Memorials of members of the Armed Forces of the Commonwealth Countries fallen as a result of the Wars of 1914/18 and 1939/45 and interred in the Territory of the Federal Republic of Germany; and

DESIRING to make provision in regard to questions affecting German War Graves situated in War Cemeteries in France in the permanent care on behalf of the Commonwealth

La République Française,

d'une part,

le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, l'Union Sud-Africaine, l'Inde et le Pakistan (ci-après désignés comme les « pays du Commonwealth »)

d'autre part,

ainsi que la République fédérale d'Allemagne,

DESIREUX de maintenir avec certaines modifications les arrangements prévus dans l'Accord signé à Berlin le 20ème jour de décembre 1935 entre le Gouvernement de la République Française, les Gouvernements du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Canada, de l'Australie, de la Nouvelle-Zélande, de l'Union Sud-Africaine et de l'Inde, et le Gouvernement allemand au sujet des sépultures de guerre (ci-après désigné comme « l'Accord de 1935 »);

DESIREUX de compléter les arrangements concernant les cimetières, sépultures et monuments des Membres des Forces Armées des pays du Commonwealth tombés au champ d'honneur au cours des guerres de 1914—1918 et 1939—1945 et inhumés sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne;

DESIREUX de prendre des dispositions concernant les questions relatives aux sépultures de guerre allemandes situées dans des cimetières de guerre en France, confiés à titre

Commonwealth-Staaten tätigen Imperial War Graves Commission (im folgenden als „Kommission" bezeichnet) befinden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Countries of the Imperial War Graves Commission (hereinafter referred to as "the Commission"),

HAVE AGREED as follows:

permanent aux soins de l'Imperial War Graves Commission (ci-après désignée comme « la Commission ») pour le compte des pays du Commonwealth;

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Artikel 1

In diesem Abkommen umfaßt der Ausdruck „Commonwealth-Militärfriedhöfe, -Kriegsgräber und -Gedenkstätten" die Militärfriedhöfe, Gräber und Gedenkstätten sowohl aus dem Kriege 1914/18 als auch aus dem Kriege 1939/45.

Article 1

In the present Agreement the expression "Commonwealth War Cemeteries Graves and Memorials" shall include those relating to the War of 1914/18 and those relating to the War of 1939/45.

Article 1

Dans le présent Accord l'expression « cimetières, sépultures et monuments de guerre du Commonwealth » comprend ceux relatifs à la guerre de 1914—1918 et ceux relatifs à la guerre de 1939—1945.

Artikel 2

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens sind die künftigen Maßnahmen für die ständige Betreuung von Commonwealth-Militärfriedhöfen, -Kriegsgräbern und -Gedenkstätten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch die Kommission in einem Abkommen festgelegt, das gleichzeitig mit diesem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Commonwealth-Staaten andererseits abgeschlossen wird (im folgenden als „neues Abkommen" bezeichnet).

Article 2

Subject to the provisions of the present Agreement the future arrangements for the permanent care by the Commission, of Commonwealth War Cemeteries, Graves and Memorials in the Territory of the Federal Republic of Germany, shall be as stated in an Agreement entered into concurrently with the present Agreement between the Commonwealth Countries of the one part and the Federal Republic of Germany of the other part (hereinafter referred to as "the new Agreement").

Article 2

Sous réserve des dispositions du présent Accord, les arrangements à venir pour l'entretien permanent, par la Commission, des cimetières, sépultures et monuments de guerre du Commonwealth sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne seront définis dans un accord intervenu, concurremment avec le présent Accord, entre les pays du Commonwealth d'une part et la République fédérale d'Allemagne d'autre part (ci-après désigné comme le « nouvel Accord »).

Artikel 3

(1) Das neue Abkommen enthält Bestimmungen darüber,

a) daß die Kommission an Stelle des von ihr nach dem Abkommen von 1935 berufenen gemischten Ausschusses einen gemeinsamen Ausschuß bestellt, der im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die Kommission in ihren Beziehungen zu den zuständigen Behörden vertritt;

b) daß der in diesem Artikel genannte Ausschuß sich aus Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der Commonwealth-Staaten zusammensetzt, daß aber zur Erleichterung der Prüfung und Regelung von Fragen, die in Commonwealth-Militärfriedhöfen in Frankreich gelegene deutsche Kriegsgräber betreffen, zwei von der Kommission auf Empfehlung der Französischen Regierung ernannte Vertreter eingeladen werden, an den Arbeiten des Ausschusses über die in Frage kommenden Kriegsgräber teilzunehmen;

c) daß einer der beiden in diesem Artikel erwähnten Vertreter der Französischen Regierung als Ehrenmitglied und der andere als ordentliches Mitglied des Ausschusses tätig sein wird.

Article 3

(1) The new Agreement shall include provisions to the effect

a) that in place of the Mixed Committee appointed by the Commission pursuant to the provisions of the Agreement of 1935 the Commission shall appoint a Joint Committee to represent the Commission in the Territory of the Federal Republic of Germany in its relations with the appropriate authorities;

b) that the Committee referred to in this Article of the present Agreement shall be composed of representatives of the Commonwealth Countries and of the Federal Republic of Germany but that to facilitate the examination and solution of questions affecting German War Graves situated in Commonwealth War Cemeteries in France, two representatives appointed by the Commission on the recommendation of the French Government shall be invited to participate in proceedings of the Committee concerning the War Graves in question;

c) that the two representatives of the French Government referred to in this Article of the present Agreement shall consist of one honorary member and one official member of the Committee.

Article 3

(1) Le nouvel Accord contiendra des dispositions ayant pour effet:

a) qu'au lieu et place du Comité mixte nommé par elle en vertu de l'Accord de 1935, la Commission nommera un Comité conjoint pour représenter la Commission sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne dans ses relations avec les autorités compétentes;

b) que le Comité auquel le présent Article se réfère sera composé de représentants des pays du Commonwealth et de la République fédérale d'Allemagne, mais que pour faciliter l'examen et la solution de questions concernant les sépultures de guerre allemandes situées dans des cimetières du Commonwealth en France, deux représentants nommés par la Commission sur recommandation du Gouvernement français seront invités à participer aux travaux du Comité concernant les sépultures de guerre en question;

c) que les deux représentants du Gouvernement français, auxquels le présent Article se réfère, comprendront un membre honoraire et un membre officiel du Comité.

(2) Die Vorschläge der Französischen Regierung über die Ernennung der in diesem Artikel erwähnten Vertreter werden auf diplomatischem Wege erbeten und übermittelt.

(2) The recommendations of the French Government as to the appointment of the representatives referred to in this Article of the present Agreement shall be requested and transmitted through the diplomatic channel.

(2) Les propositions du Gouvernement français au sujet de la nomination des représentants auxquels le présent Article se réfère, seront demandées et transmises par la voie diplomatique.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber jeder der anderen Vertragsparteien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 4

This Agreement shall also apply in Land Berlin unless the Government of the Federal Republic of Germany shall make a declaration to the contrary to each of the other Contracting Parties within three months after the entry into force of the present Agreement.

Article 4

Le présent Accord s'applique également au Land de Berlin à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne fasse aux autres Parties contractantes, dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord, une déclaration contraire.

Artikel 5

Sobald das Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Zustimmung gefunden hat, wird der Zeitpunkt seines Inkrafttretens durch Notenwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der anderen Vertragsparteien festgesetzt.

Article 5

As soon as the Agreement has received in the Federal Republic of Germany the assent required under the Constitution, the date of its entry into force shall be fixed by an exchange of Notes between the Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the other Contracting Parties.

Article 5

Aussitôt que le présent Accord aura trouvé dans la République fédérale d'Allemagne l'approbation constitutionnelle, la date de son entrée en vigueur sera fixée par un échange de notes entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des autres Parties contractantes.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am fünften März 1956 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt jeder der anderen Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned duly authorized in that behalf have signed the present Agreement and affixed thereto their seals.

DONE at Bonn this fifth day of March 1956 in three texts in English, German and French, all three texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the other Contracting Parties.

EN FOI DE QUOI les soussignés dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs ont signé le présent Accord et l'ont revêtu de leurs sceaux.

FAIT à BONN, le cinquième jour du mois de mars 1956 en trois textes en langue française, anglaise et allemande, les trois textes faisant également foi, en une seule copie qui sera déposée dans les archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui transmettra à chacune des Parties contractantes une copie certifiée conforme.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Pour la République Fédérale d'Allemagne:

Für das
Vereinigte Königreich von Großbritannien
und Nordirland:

For the
United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

Pour le
Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord:

Für Kanada:
For Canada:
Pour le Canada:

Für Australien:
For Australia:
Pour l'Australie:

Für Neuseeland:
For New Zealand:
Pour la Nouvelle-Zélande:

Für die Südafrikanische Union:
For the Union of South Africa:
Pour l'Union Sud-Africaine:

Für Indien:
For India:
Pour l'Inde:

Für Pakistan:
For Pakistan:
Pour le Pakistan:

Für die Französische Republik:
For the French Republic:
Pour la République Française:

Bundesdruckerei Bonn 2939 12. 56